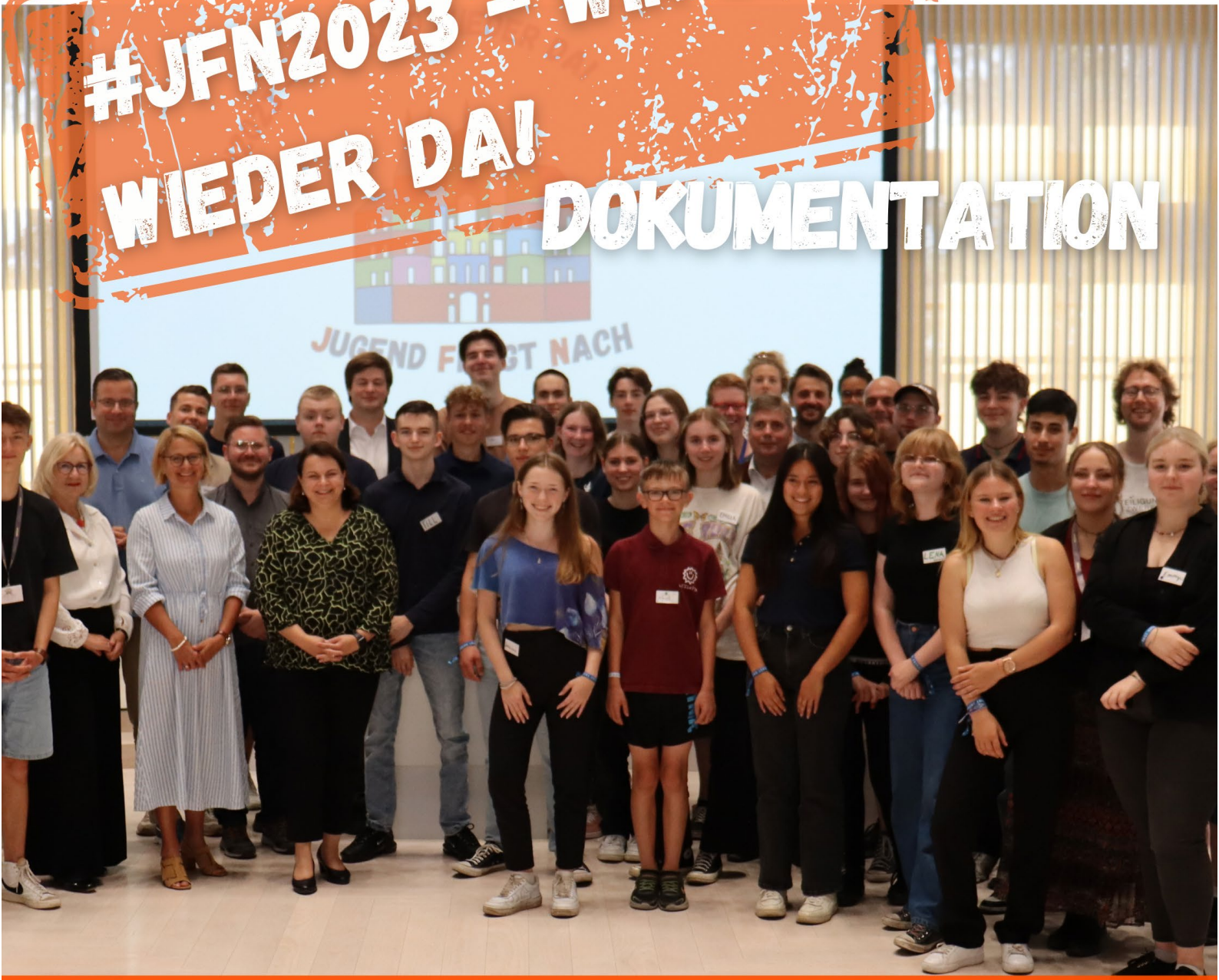


#JFN2023 – WIR SIND

WIEDER DA!

DOKUMENTATION



Jugend fragt nach 2023

11.-13. September 2023

Schweriner Schloss /

Landtag M-V



JUGEND FRAGT NACH

Inhalt

Vorwort	3
Workshop: Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz M-V	4
Workshop: Gestaltung öffentlicher Raum	8
Workshop: Digitalisierung an Schulen	12
Workshop: ÖPNV	15



Vorwort

Unter dem Motto **#JFN2023 – wir sind wieder da!** haben rund 40 Jugendliche vom 11. bis 13. September 2023 bei *Jugend fragt nach* die Gelegenheit genutzt, um ihre Themen mit Abgeordneten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu diskutieren.

In vier Workshops schauten die Jugendlichen bei *Jugend fragt nach* auf die Forderungen, welche im Vorjahr bei *Jugend im Landtag* entstanden sind, und entwickelten Visionen für eine jugendgerechte Politik in Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Jahr beschäftigten sie sich mit den Themen Digitalisierung an Schule, Öffentlicher Personennahverkehr sowie Öffentlicher Raum und Orte für junge Menschen in Tourismuszentren. Außerdem untersuchte eine Gruppe den Entwurf des für 2024 geplanten Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetzes und verfassten Anmerkungen, um sie an die Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ weiterzuleiten.

Am letzten Veranstaltungsabend wurden die Ideen der Jugendlichen im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters vorgestellt. Unterstützt wurden die Teilnehmenden bei der Abschlusspräsentation von der Theaterpädagogin Sarah Gerke. Mit einer kleinen Theatergruppe entwickelte sie ein performatives Rahmenprogramm für den Dialog zwischen Teilnehmenden und Abgeordneten der Landtagsfraktionen.

Die Ideen und Ergebnisse aus den Workshops sollen explizit nicht als einseitige Forderungen verstanden werden. Alle sind aufgefordert an ihrer Umsetzung mitzuwirken. Ein Aufgreifen der Ideen seitens der Abgeordneten des Landtages und gerne auch von Initiativen, Vereinen und Organisationen, ist dabei auf jeden Fall gewünscht.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns über Ihr/ Euer Feedback!

Das Jfn23-Team

Workshop: Kinder- & Jugendbeteiligungsgesetz

§ 2 Ziel

fehlende Angebote zur Beteiligung im Winter

Wo sollen Anlaufstellen für solche Entscheidungen sein?

Unsere Ziele:

Stimmrecht
Leitlinien

Selbstwirksamkeit ermöglichen

Wissen / Information

ab Referententwurf stellt Struktur

Einfluss Mitreden (mit Polizei etc.)

Erreichbarkeit & Publizierung

Wer entscheidet, wen was betrifft? Wie weit geht die Betreuung und Begleitung?

Von wann bis wann? (Alter)

bestehende Konzepte / Angebote von Erwachsenen für Jugendliche würden ohne Überraschung mit Jugendlichen erstellt

MITentscheidungen

Freiwilligkeit

mehr Lobbyarbeit & schreiben

bestehende Strukturen sind

MUSS

HEY! Sag's mit deinen Worten

KiJüBG kommunale Ebene § 2 + § 3



LIKE

*!#@

? 🔍

gesetzliches Recht

kein Beamten-deutsch § 2, 3(c)

Antrags-/Rederecht für KiJus

Mitentscheidungen auf regionaler und kommunaler Ebene

Förderung aktiver Beteiligung

Auswahlkriterien § 2 (2) 25f

§ 2 (3) 2

Es geht auch digital

Tele- & Video-Gremien & Ausschüsse müssen zuzuhören

Wenn man behindert ist o. aus dem Ausland kommt, wird man extra behandelt

in Beamten-deutsch verfasst

Zu ungenau

Erwachsene sollten teilhaben und kommunizieren, dass keine Scheinpartei

Anhörungen, Konferenzen, Versammlungen (in jugend-falsche Form)

An einigen Stellen unvollständig § 2 (2) 2 a, 11 & 22

angemessen und geeignet

Ausbauauftrag

Was sollen jugend-spezifische Interessen?

wie soll das finanziert werden?

Wer betreut?



Kinder- und Jugendmitwirkungsgesetz M-V

Bezug zum Vorjahr: was hat sich getan?

» Es liegt ein Gesetzesentwurf aus dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport vor. Dieser wurde bereits im Kabinett beschlossen und auch die Verbandsanhörung zum Gesetz ist bereits abgeschlossen.

Kritik, Wünsche und Themen der Jugendlichen

» Die TN haben sich entschieden, sich im Schwerpunkt mit den Paragraphen 1-3, also der grundsätzlichen Zielsetzung (§1) des Gesetzes und den Regelungen auf kommunaler Ebene (§2 und 3) im Detail zu beschäftigen.

» Die TN begrüßen, dass eine gesetzliche Regelung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg ist. Sie hätten sich gewünscht, früher konkret einbezogen worden zu sein und äußern diesen Wunsch deutlich für zukünftige Gesetzgebungsverfahren, die sie im Kern betreffen. Was sie im Kern betrifft, möchten sie gern selbst entscheiden.

Bestandsaufnahme

» Die Sprache ist eine große Hürde. Gesetzliche Regelungen sind nicht kinder- und jugendgerecht formuliert. Das muss sich unbedingt ändern. Die jetzt gewählte Sprache schließt fast alle jungen Menschen aus den Prozessen aus.

» Bezüglich der Paragraphen 1-3 (nur mit denen haben sich die TN beschäftigt) wünschen sich die TN eine größere belastbare Verbindlichkeit. Ihre Erfahrungen bei der Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene zeigen einheitlich ein vergleichbares Bild: Es gibt einige, wenige politische Entscheider*innen die aufgeschlossen für ihre Belange, Anregungen und Interessen sind und eine breite Mehrheit, die sich desinteressiert oder gar abweisend zeigt. Mit diesen Erfahrungen im Gepäck vertrauen sie nicht darauf, dass eine in ihren Augen offen formulierte Beteiligungspflicht in ihrem Sinne ausgelegt werden würde. Dies bezieht sich vor allem auf die „Soll-Regelung“ und auf die Formulierung „ihre spezifischen Interessen betreffend“.

» Die Frage der jungen Menschen, wie die Regelung entsprechend in der Kommunalverfassung/Hauptsatzung formuliert sein wird, lässt sich aus dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht beantworten. Die Antwort ist ihnen wichtig. Sie wünschen sich hier, also auf der kommunalen Ebene eine eindeutige Formulierung in ihrem Sinne.

» Es wird der Wunsch geäußert nicht nur ein Rede- und Antragsrecht, sondern auch ein Stimmrecht klar zu regeln. Die TN selbst gehen dazu in einen differenzierten Austausch. Die Gremien der jungen Menschen sind in der Regel keine demokratisch legitimierten, sondern Gremien, die sich auf der Grundlage von Interesse und

Freiwilligkeit arbeiten. Diese Ambivalenz wird deutlich herausgearbeitet. Die Interessenvertretungen junger Menschen (Verbände/Vereine – und ihre Dachorganisationen hier Stadt- und Kreisjugendringe) sind demokratisch legitimiert, für Initiativen und projektbezogenes Engagement junger Menschen gilt dies wiederum nicht. Festzuhalten ist der Wunsch wirklich MITbestimmen zu können und dass dieser im Moment in den Augen der TN über das Rede- und Antragsrecht keinen verlässlich belastbaren Ausdruck findet.

» Jede Beteiligung junger Menschen braucht die Begleitung von Fachkräften. Die TN sprechen sich dafür aus im Gesetz klar zu regeln wie viele finanzielle Ressourcen (für Fachkräfte und Sachkosten) dauerhaft zur Verfügung gestellt werden.

Lösungsansätze

» Konkret zu diesem Gesetz wird vorgeschlagen, dass

- die Altersspanne auf 6-27 hin festgelegt wird.
- die Beteiligung als MUSS-regelung in Mecklenburg-Vorpommern gesetzliche Verankerung auf kommunaler Ebene findet.
- Formuliert wird, dass junge Menschen selbst entscheiden, über welche Fragestellungen und Belange sich mitentscheiden wollen
- Streichung des Finanzierungsvorbehalts, stattdessen verbindliche Erfassung der zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen (Personal- und Sachkosten)

» Allgemein wird vorgeschlagen junge Menschen bereits bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs zu beteiligen. Die TN aus dem Workshop stellten deutlich heraus, dass sie ihren Beitrag an dieser Stelle leisten wollen. In dieser frühen Phase möchten sie Ihre Perspektiven einbringen und zum Bestandteil des Entwurfes werden lassen.

» Zudem wird an den Gesetzgeber appelliert, das Gesetz auch in einfacher Sprache zu veröffentlichen.

Verabredungen und Zeitläufe

» Die Rückmeldungen aus dem Workshop werden dem Prozess #mitmischen (Beteiligungsprozess zur Arbeit der Enquete Kommission „Jung sein in M-V“) zur Verfügung gestellt. Von dort können die Anmerkungen, Kommentare und Vorschläge noch in die Rückmeldungen des Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesses zum Gesetzgebungsverfahren Eingang finden.

» Es ist zu erwarten, dass das Gesetz im Jahr 2024 noch vor der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ in Kraft treten wird. Es wird angeregt im Zuge der Veranstaltung „Jugend im Landtag“ mit der Ministerin Frau Drese und Vertreter*innen der kommunalen Ebene (Landrät*innen und Jugendamtsleitungen) in den Dialog zu gehen mit Blick auf das, was dann gilt und wie Implementierung des Gesetzes bestmöglich gelingen kann.

e. Das MZUBA ganz neu da, Jugendliche vorher unintegriert
standen einfach nur da. Jetzt geht es los mit dem politischen
floß. Ziel von dem Ding ist ein politischer Ring. Junge
Leute laden sich ihre Beute. Beteiligung ist wichtig und auch
richtig. Wir sind auf unseren eigenen wegen, mit den alten
stehen wir im Regen. Es muss gut sein was sie für
uns machen aktuell kann man nur drüber lachen. Wir
brauchen ne, gute Beteiligungs art, sonst wäre das ja
nicht wirklich smart. Angemessen und für alle gleich sonst
kommt das Ding direkt in einen Tisch. Ohne Struktur
werden wir ganz bleich und mit unseren Gremien wird
diese Idee Reich.

Rap „Gesetz, sag es mit Deinen Worten“ (Entstanden im Workshop)



Workshopgruppe in der Orangerie

Öffentlicher Raum und Orte für junge Menschen in Tourismuszentren

Bezug zum Vorjahr: was hat sich getan?

» Im Rahmen des Workshops berichteten Jugendliche, dass nach wie vor Herausforderungen in Bezug auf (Frei-)Räume für junge Menschen bestehen würden: unpassende Öffnungszeiten von Jugendclubs, wenige Treffpunkte für junge Menschen im Allgemeinen sowie ein gutes Angebot für Kinder, aber ein vergleichsweise kleines Angebot für Jugendliche. Auch der Wunsch nach mehr Aufklärung zum Thema „Drogen“ kam zu Sprache. Bereits im Vorjahr wurde von einem Verbesserungsbedarf in Bezug auf den Dialog zwischen (kommunal)politischen Entscheidungstragenden und Jugendlichen festgestellt. Diesen Bedarf bestätigten die Workshopteilnehmenden auch in diesem Jahr: So wurde berichtet, dass aufgrund von fehlendem Fachwissen (z.B. im Bereich „Baurecht“), eigene Initiativen ausgebremst werden.

Kritik, Wünsche und Themen der Jugendlichen

» Im Workshop wurden u.a. der Wunsch nach mehr Grünpflege in Parks geäußert sowie nach mehr Orten, an denen sich Jugendliche selbst ausprobieren können. Hierfür sei es wünschenswert, dass an jungen Menschen mehr Verantwortung abgegeben werde, sodass sie sich beispielsweise in der Gestaltung von gemeinsamen Plätzen beteiligen können und die Kooperationsbereitschaft bei jungen Menschen gesteigert werden kann. Zentraler Aspekt war hierbei auch, dass die Jugend in Dörfern MVs nicht vergessen werden sollten: Diese Jugendliche haben nach wie vor große Probleme „Anschluss“ in der Freizeitgestaltung mit Gleichaltrigen zu finden.

Bestandsaufnahme

» Zur Erfassung der aktuellen Situation, wurden die Workshopteilnehmenden in zwei Gruppen aufgeteilt: Während sich die eine Gruppe zu ihren persönlichen Erfahrungen im Bereich „Konflikte und Probleme im öffentlichen Raum“ austauschten (u.a. am Beispiel „Bürgerpark Wismar“), recherchierte die zweite Gruppe in der Bibliothek des Landtages Zeitungsartikel, in denen über Jugendliche im öffentlichen Raum berichtet wird. Das Rechercheteam wurde dabei nicht nur auf Artikel aufmerksam, die sich eher negativ mit dem Thema „Jugendliche im öffentlichen Raum“ beschäftigen (z.B. Kinderbanden in Neubrandenburg, Aktionen der „Letzten Generation“, Altstadtfest 2023 in Schwerin und dem Verzicht auf dem bei jungen Menschen beliebten Autoscooter), sondern stießen auch auf Artikel, in denen auf die Integration von jungen Menschen bei (kulturellen) Veranstaltungen abgezielt wird (z.B. Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin).

» Nach der Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeit, standen im weiteren Verlauf der Workshops weniger „Konflikte und Probleme“ im Vordergrund, sondern

es wurden Ideen entwickelt, wie öffentliche (Bürger*innen-)Veranstaltungen für Jugendliche attraktiver gestaltet werden können. Unter der Fragestellung „Wie muss eine Agentur für junge Leute eurer Meinung nach aussehen?“, wurden in Kleingruppen Konzepte entwickelt, wie eine solche Agentur aussehen könnte. Infolgedessen entstand Idee eines „Ministeriums von Jugendlichen für Jugendlichen“ (Arbeitstitel), wodurch z.B. der Zugang zu (Fach-) Wissen und Expertise erleichtert werden könnte, da das Ministerium als Anlaufstelle für junge Menschen bei der Umsetzung eigener Projekte/Wünsche (zur Gestaltung des öffentlichen Raums) fungieren könnte. Eine weitere Konzeptidee setzte den Fokus auf Möglichkeiten, wie (kulturelle) Events für junge Menschen attraktiver gestaltet werden können. Im weiteren Verlauf der Diskussion entstand schließlich die Idee des Zusammenschlusses von Jugendgremien aus ganz MV, um flächendeckend Lösungen und Projekte zu suchen, um MV attraktiver für junge Menschen zu machen.

Lösungsansätze

» Gründung einer Organisationsform zum Zusammenschluss von Jugendgremien in MV, um gemeinsam das Land für Jugendliche attraktiver zu machen. Hierfür wollen die Workshopteilnehmenden:

- ... Erfahrungen sammeln/weitergeben/nutzen
- ... eigene Finanzmittel haben (für Projekte)
- ... eine Begleitung haben
- ... eine landesweite Vernetzung
- ... eigene Räume nutzen
- ... einen Jugendbeauftragte*n als Ansprechperson und Vermittler*in
- ... einen Zusammenschluss der Jugendgremien organisieren
- ... ein Agreement über gemeinsame Wertvorstellungen schaffen.

» Auch erste Gedanken zur Struktur einer solchen Organisation wurden sich gemacht:

- aus jedem Gremium sollen alle teilnehmen können, die Lust haben
- zwei Leute pro Gremium sind stimmberechtigt (Abstimmung im Interesse des eigenen Gremiums)
- alle drei Monate soll eine große Versammlung stattfinden
- der Vorstand wird 1x im Jahr gewählt und besteht aus 6-8 gewählten Mitgliedern
- alle die aktiv mitmachen wollen, sind bis zum Alter von 24 Jahren willkommen
- sechs Wochen vor einer Versammlung müssen die Tagesordnungspunkte feststehen
- Orte für die Versammlungen sollen wechseln und gut mit dem ÖPNV erreichbar sein
- es wird eine hauptamtliche Begleitung gewünscht

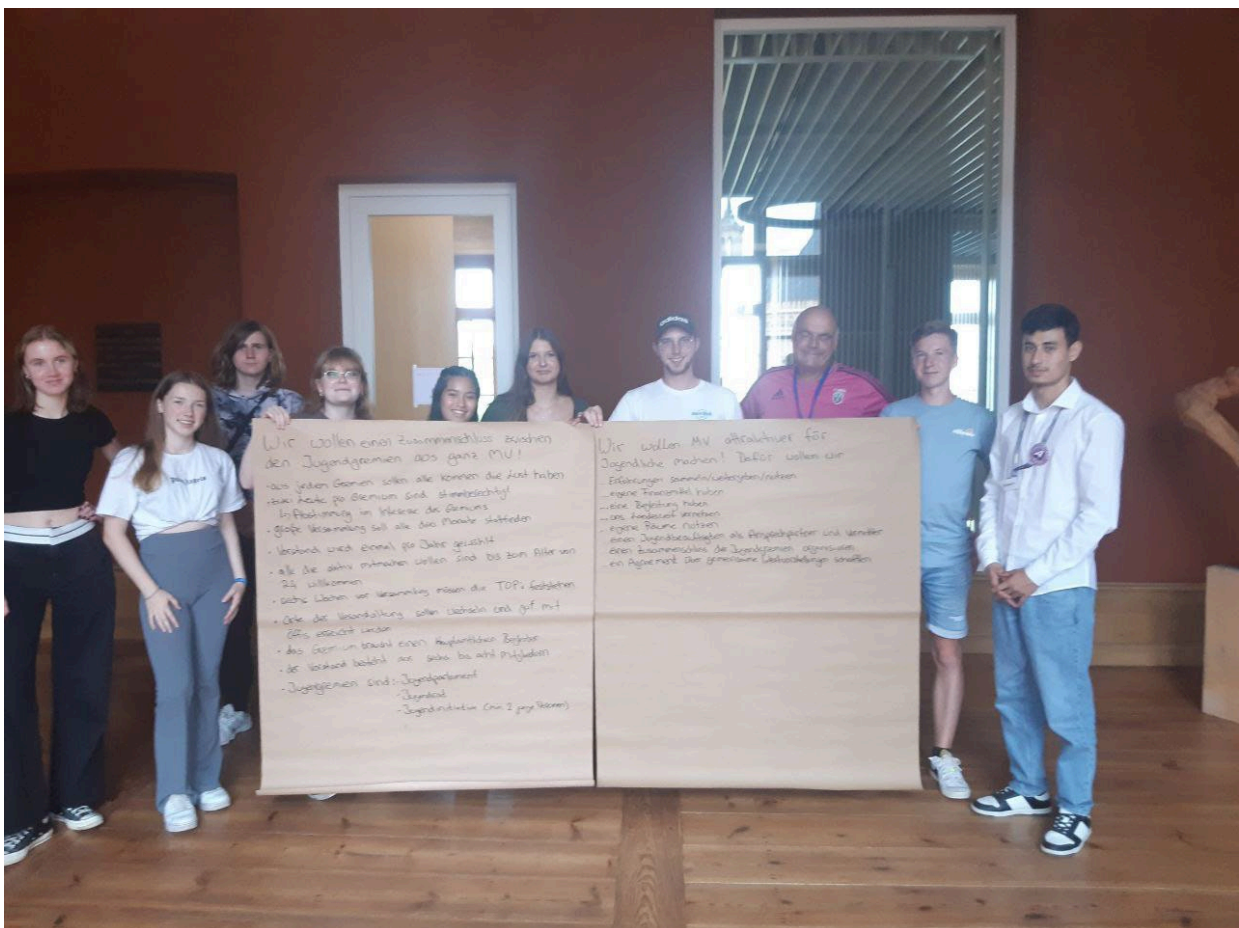
» Als Jugendgremium zählt hierbei:

- Jugendparlamente
- Jugendräte
- Jugendinitiativen (bestehend aus mindestens zwei jungen Personen)

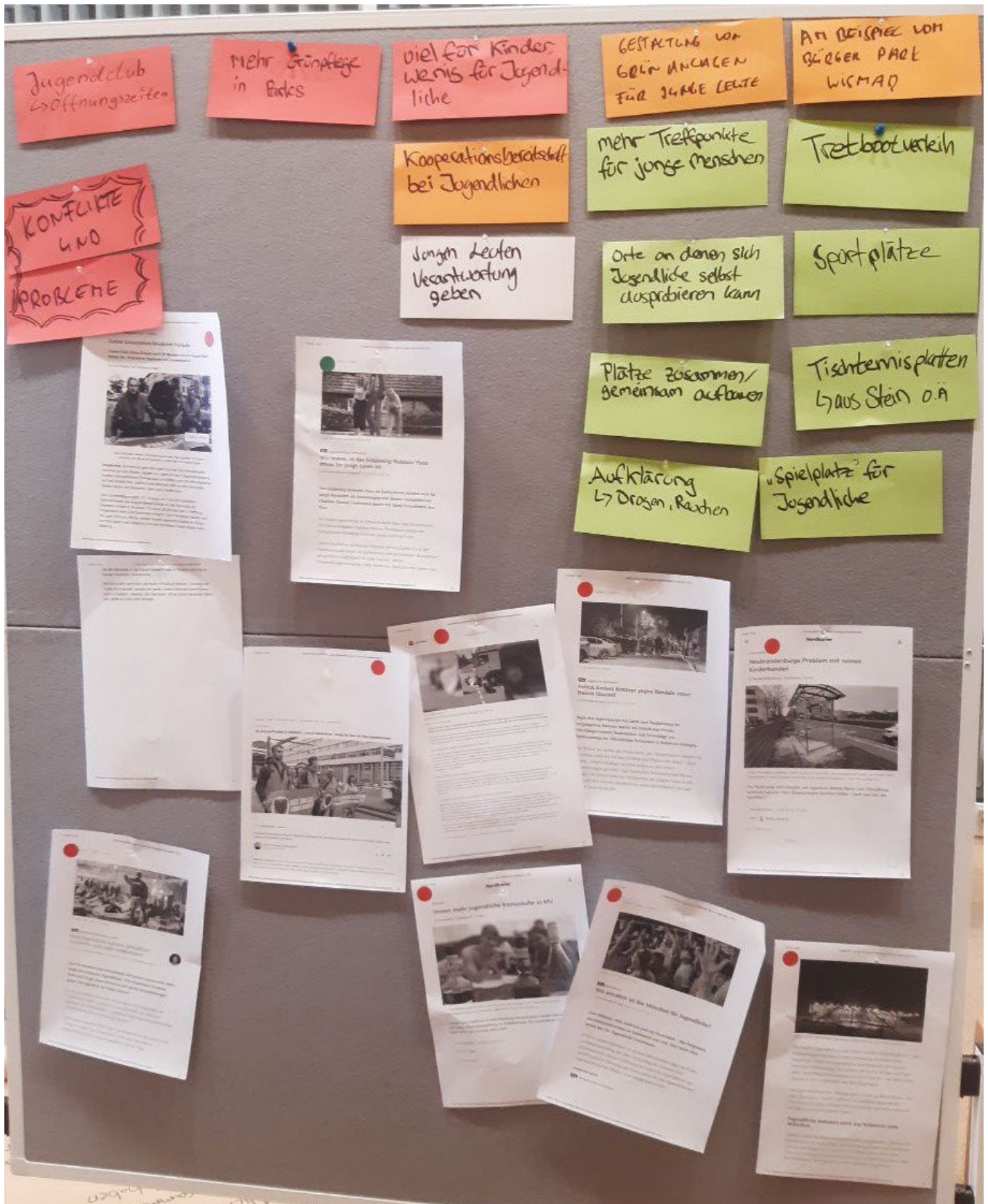
Verabredungen und Zeitläufe

» Keine.

Workshopleitung: Finder, Caroline Horre, Teilnehmende: 9



Die Workshopgruppe fordert einen Zusammenschluss der Jugendgremien aus ganz M-V und möchte M-V für Jugendliche attraktiver machen



Ergebnisse aus dem Workshop „Öffentlicher Raum und Orte für junge Menschen in Tourismuszentren

Digitalisierung an Schule

Bezug zum Vorjahr: was hat sich getan?

- » Bei Jugend im Landtag 2022 standen für die Jugendlichen die Themen Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals, die technische Ausstattung der Schulen und Schüler*innen und die damit verbundene Chancengleichheit sowie die Förderung von Medienprojekten außerschulischer Partner im Mittelpunkt.
- » Bei der **Ausstattung** sehen wir nach wie vor sehr verschiedene Situationen an den Schulen. An vielen Schulen gibt es weiterhin keinen soliden Internetzugang und nicht alle Schüler*innen sind mit Geräten für den Unterricht ausgestattet. Es besteht aber der Eindruck, dass die Situation sich langsam verbessert. Insbesondere in den höheren Klassenstufen scheint es mit der Ausstattung mit Hardware zunehmend weniger Probleme zu geben. Die im letzten Jahr festgestellte **Chancenungleichheit** durch unterschiedlich gute Ausstattung an verschiedenen Schulformen relativiert sich damit leicht. Das Allerdings gibt es mit Schulen ohne sinnvoll nutzbaren Internetzugang immer noch viele „weiße Flecken“ im Land.
- » Ob, wie im letzten Jahr gefordert, der **Digitalpakt** verlängert wird, um alle Schulen und Schüler*innen auszustatten, lässt sich noch nicht beantworten. Gegenwärtig tauchen Gelder für den Digitalpakt im geplanten Bundeshaushalt noch nicht auf.
- » 2022 hatten Jugendliche großen Wert auf Medienbildung in der **Aus- und Fortbildung** für Lehrer*innen, aber auch für Schüler*innen gefordert. Es werden zunehmend medienpädagogische Angebote durch externe Partner wahrgenommen und Lehrer*innen nehmen vermehrt an entsprechenden Fortbildungen teil. Zugleich wird die medienpädagogische Praxis im Unterricht als bestenfalls oberflächlich beschrieben – es fehlt an einer systematischen Herangehensweise.
- » So wie schon im Vorjahr wurden auch dieses Jahr im Landeshaushalt ca. **600.000 € für außerschulische Medienbildung** vorgesehen. Es ist nach wie vor nicht ersichtlich wofür genau dieses Geld genutzt wird oder ob und wie diese Gelder für Projekte als Fördermittel zur Verfügung stehen.

Kritik, Wünsche, Themen der Jugendlichen und Bestandsaufnahme:

- » Die Jugendlichen haben sich in diesem Jahr vor allem mit konzeptionellen Fragen der Umsetzung der Digitalisierung an Schule auseinandergesetzt.
- » Kritisiert wird vor allem die **uneinheitliche Umsetzung** in der Digitalisierung. Verschiedene Schulen nutzen verschiedene Geräte und Software, wodurch sich **Kompatibilitätsprobleme** ergeben. Diese Probleme bestehen auch bei der Einbindung von privaten Geräten und zum Teil sogar innerhalb von Schulen oder sogar Schulklassen und verunmöglichen **kollaboratives Arbeiten**. Gewünscht wird eine Kompatibilität und die Möglichkeit kollaborativen Arbeitens über verschiedene Schulen und Jahrgangsstufen hinweg.

- » In Bezug auf die Ausstattung ist insbesondere die **schleppende Umsetzung** zu bemängeln. Langsame Zeitläufe bei erforderlichen Baumaßnahmen, aber auch bei der Entwicklung von Konzepten zum Umgang mit der Technik und der Erschließung im Rahmen des Breitbandausbaus verzögern ein Vorankommen. Hier Bedarf es Maßnahmen zur Beschleunigung dieser Vorgänge.
- » Beobachtet wird auch, dass es an **individueller Förderung** fehlt. Schüler*innen mit ausgeprägtem Interesse an Programmierung und multimedialer Produktion fühlen sich unterfordert. Andere haben Schwierigkeiten, die Grundlagen zu erlernen. Hier setzen sich grundlegende Probleme der pädagogischen Praxis an unseren Schulen in den digitalen Raum fort.
- » Es fehlt auch an einem gut durchdachten Umgang mit den Herausforderungen, die der **Internetzugang in Prüfungssituationen** und die Nutzung von **KI-Programmen** wie z.B. ChatGPT mit sich bringen. Die Jugendlichen wünschen sich eine stärkere Einbindung dieser Ressourcen in die Aufgabenstellungen – nur so lässt sich ein sinnvoller Umgang mit online-Recherche und KI erlernen. Es ist eine Balance von eigenständiger Arbeit ohne Hilfsmittel und der Nutzung der Möglichkeiten des digitalen Raums zu finden.

Lösungsansätze

» **Haushaltsmittel für außerschulische Medienbildung:**

Die Landesregierung ist aufgefordert bezüglich dieser Mittel Transparenz herzustellen.

» **Kompatibilitätsprobleme:**

Vor allem für das Dateienmanagement, aber auch zum kollaborativen Arbeiten werden **quelloffene Cloudlösungen** favorisiert. Die Funktionalität ist dabei nicht an einen der gängigen verbreiteten Anbieter mit den dazugehörigen Software-Ökosystemen gebunden und über Weboberflächen von allen Geräten aus nutzbar.

» **Schleppende Umsetzung:**

Hier bedarf es einer politischen Regelungen, die dort, wo es hilfreich ist, eine **Priorisierung von Schulen** festlegt. Dies gilt insbesondere für den Netzausbau. Zusätzlich sind Übergangslösungen zu entwickeln, damit in der Zwischenzeit keine Schule ohne ein akzeptables Mindestmaß an Ausstattung mit digitaler Infrastruktur auskommen muss.

» **Beteiligung**

Die Jugendlichen wünschen sich, in den vorgenannten Themenfeldern mit ihrer Perspektive, ihren Ansichten und ihrer Expertise einbezogen zu werden. Lösungen sollten partizipativ mit den Schüler*innen entwickelt werden.

» **Digitalstrategie**

Jede Schule muss unter Beteiligung der Schüler*innen eine Digitalstrategie entwickeln, die folgende Themenfelder berücksichtigt:

- Kompatibilitätsprobleme bzw. Vereinheitlichung der Softwarelösungen
- Beschleunigung der Umsetzung der Digitalisierung

- Umgang mit Internetzugang in Prüfungssituationen
- Nutzung von KI-Programmen
- individuelle Förderung bei der Medienbildung
- praxisnahe medienpädagogische Fortbildung der Lehrer*innen unter Einbeziehungen der Schüler*innen

Verabredungen und Zeitläufe

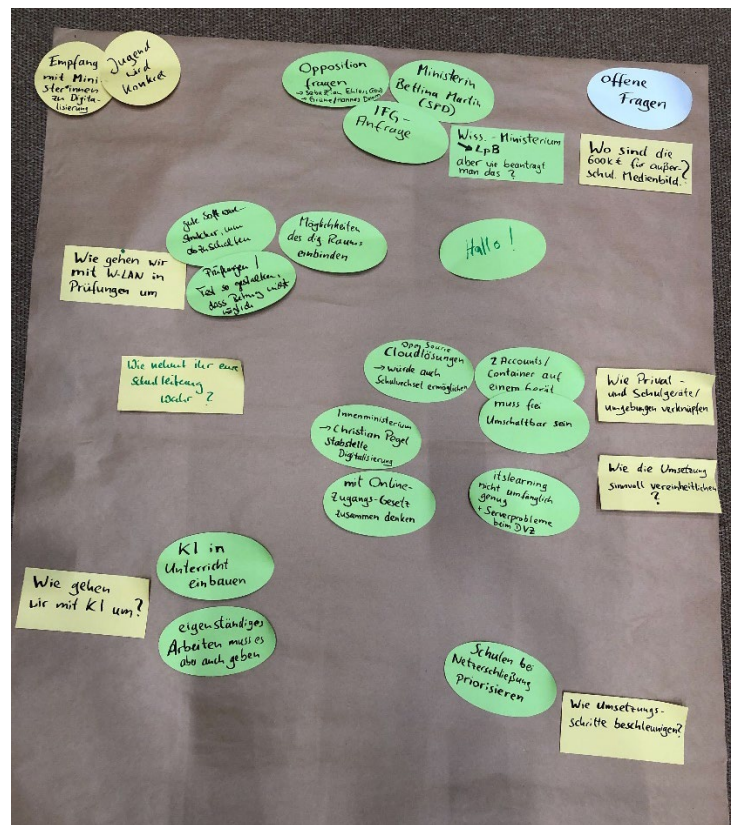
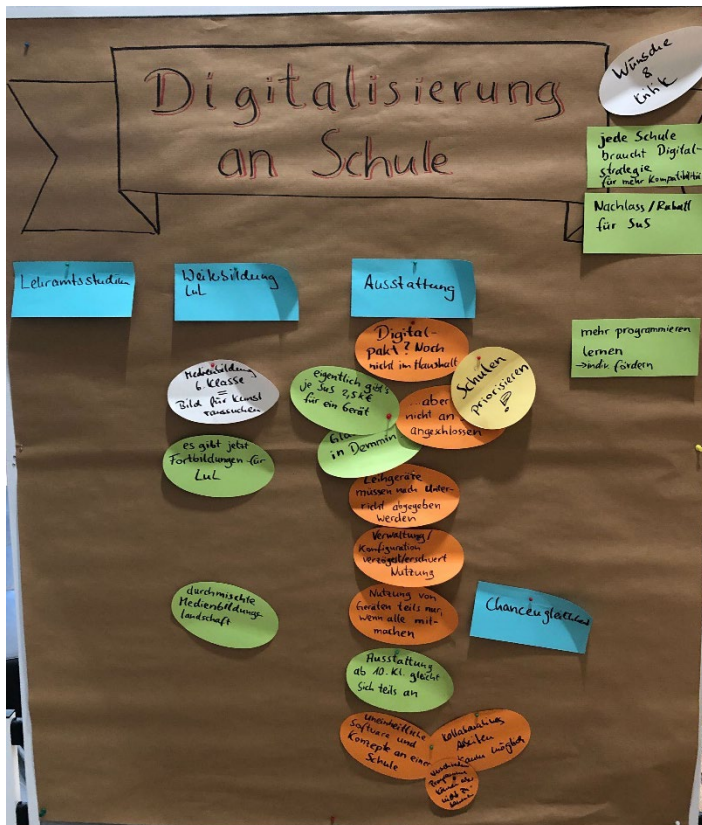
» Haushaltsmittel für außerschulische Medienbildung:

Bei Jugend fragt nach hat sich die CDU-Abgeordnete Katy Hoffmeister bereit erklärt, im Landtag dazu eine Anfrage zu stellen und darüber erlange Informationen an den Landesjugendring weiterzuleiten.

» „Jugend wird konkret“

Die Jugendlichen wünschen sich einen Austausch mit den zuständigen Politiker*innen und Ministerien, um Umsetzungsmöglichkeiten der vorgenannten Lösungsansätze zu erörtern. Unter anderem sollen dazu die Bildungsministerin Simone Oldenburg, die Wissenschaftsministerin Bettina Martin und der Innen- und Digitalisierungsminister Christian Pegel eingeladen werden. Bei dem Treffen sollen konkrete Verabredungen getroffen werden, die nach einem vereinbarten Zeitraum überprüft werden.

Workshopleitung: Antje Kaiser, Georg von Rechenberg, Teilnehmende: 5



Ergebnisse aus dem Workshop „Digitalisierung an Schule“

ÖPNV

Bezug zum Vorjahr: was hat sich getan?

- Mehr Rufbusse im Einsatz
- Alte Bahnhöfe wurden saniert (Bahnhofsanierungsprogramm)
- 49€ Ticket ermöglicht günstiger den ÖPNV zu nutzen
- es hat sich wenig getan

Kritik, Wünsche und Themen der Jugendlichen

- Streckenausbau immer noch ungenügend, besonders im ländl. Raum (z.B. LUP)
- Verspätung, Ausfälle etc. von Zügen
- Lange Busfahrten (zur Schule)
 - Beispiel: Wismar
- Fußgängerwege sind teilweise gefährlich, zu hohe Bordsteinkanten, Autos versperren beim Parken den Weg, fehlender Gehweg etc.
 - Beispiel: Malchow, Straße der Jugend
 - Beschwerdebrief geschrieben (Siehe Anhang)
- Bus- und Bahntaktung ist ungünstig und nicht nachvollziehbar, da unter anderem der Berufsverkehr nicht berücksichtigt wird
 - Beispiel: Verbindung Parchim-Passow, ODEG
 - Bahn hält nicht in Passow (nur am WE und in der Saison für Touristen)
- Zu wenig staatl. Subventionen für den Ausbau des Bussystems
 - Beispiel: besser ausgestattete Busse, bessere Bezahlung für Busfahrer*innen, mehr Busse

Bestandsaufnahme:

- Mitfahrer*innenbank
- System „MintesO“ wird als Pilotprojekt weitergeführt und ausgebaut <https://minteso.de> (alle Busse können überprüft werden, Verkehr und Strecke richten sich nach Bedarf der Mitfahrer*innen, gilt nur für Schulbusse)
- Rufbussystem verhindert spontane Entscheidung (da der Bus 2 Stunden vorher geordert werden muss), Jugendlichen fühlen sich schlecht den Bus für sich allein kommen zu lassen
- CO2 Fußabdruck messen lassen: https://uba.co2-rechner.de/de_DE
- „The Line“ Bauprojekt aus Saudi Arabien: <https://www.neom.com/de-de/regions/theline> (34 Quadratkilometer für 9. Millionen Menschen)
- Weiterhin benutzen 85% der Menschen in DE das Auto
- Bahn wird von 6-12% der Menschen in DE genutzt
- Fahrradverkehr 8-10% der Menschen in DE genutzt
- Bahntaktung wird durch Bahnanbieter bestellt, Angebote dazu werden Jahre im Voraus gemacht, dadurch keine flex. Bahntaktung möglich

- Ab 5.000 Autos auf der Straße besteht eine hohe Chance einen Radweg zu bekommen

Lösungsansätze

- „Gehcheck App“ (schlechte und besonders gute Gehwege können eingetragen werden, um diese zu überprüfen)
https://gehcheck.werdenktwas.de/#pageid=1&address=&start=&end=&attribute_eq1739=&top_type=&type=&text=&attribute1770=&messageid=
- Beschwerden melden an (Siehe Anhang):
 - Bürgermeister*in
 - Ausschüsse (soziales, Wohnen etc.)
 - Bürger*beauftragte*r
 - Aufruf & Info über Social Media
 - Stadtvertreter*innensitzung
 - Initiative für Inklusion
 - Beiräte, z.B. Seniorenbeirat
 - Andere Zielgruppen, wie Eltern, Radfahrende, Kitas etc.
 - ADFC
 - FUSS e.V. / GehCheck App

Verabredungen und Zeitläufe

- **Verkehrswende** wird weiterhin falsch gedacht: erst muss das Autofahren unattraktiver werden und bessere Bahn-Busnetze gebaut werden, dann werden auch mehr Menschen mit der Bahn und dem Bus fahren!
- **Bahn** ist zu **teuer** und **unzuverlässig!**
- **Bessere Anbindungen im ländlichen Raum** und nicht nur Schulbusse
- **Gehwege** müssen breit genug sein und **barrierefrei**

Workshopleitung: Juliane Dieckmann, Hedy Keller, Teilnehmende: 5, Gäste: Patrick Riskowsky M.Sc. Stadt- und Regionalplanung FUSS e.V. (Fachverband Fußverkehr Deutschland), Horst Krumpen (Landesvorsitzender ADFC MV)

12. September 2023

Betreff: Beschwerde über Fußwege in Malchow

Sehr geehrte Frau Herling,

ich möchte Sie heute auf seit längerem bestehende Probleme im Bereich der Gehwege hinweisen. Ich bin Schülerin an der Fleesenseeschule Malchow und mein täglicher Weg führt mich über die „Straße der Jugend“. Dort ist mir aufgefallen, dass es starke Schäden auf den Gehwegen gibt. Unter anderem handelt es sich um:

- Teilweise fehlender Gehweg
- Zu hohe Bordsteinkante
- Schlaglöcher (auf den Gehwegen)
- Fehlende Zebrastreifen
- Autos parken teilweise auf dem Gehweg, wodurch es zu Verengung kommt

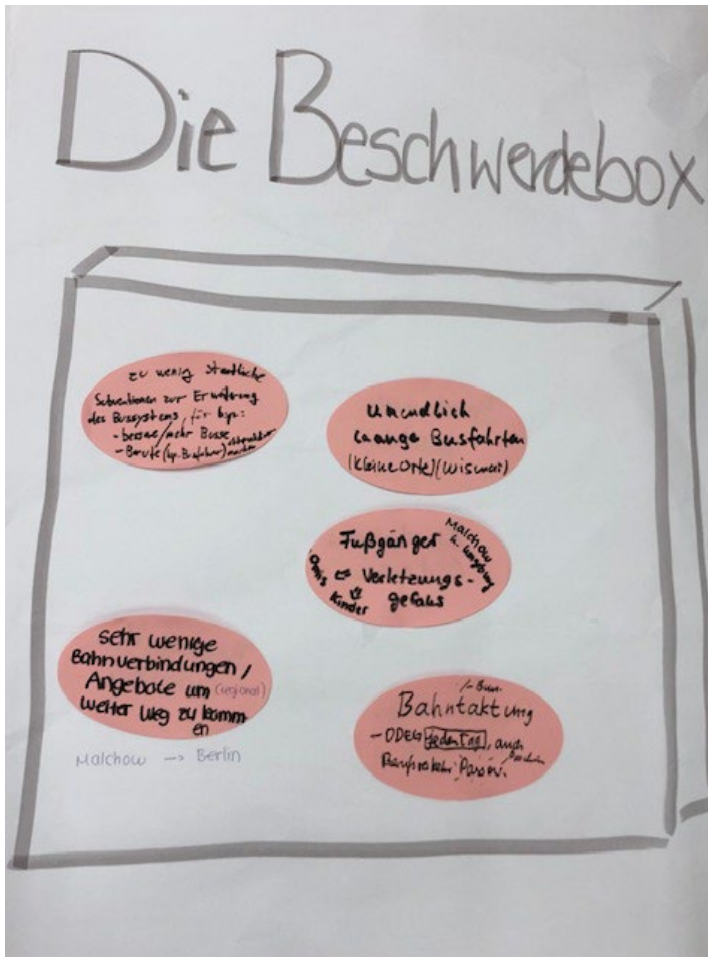
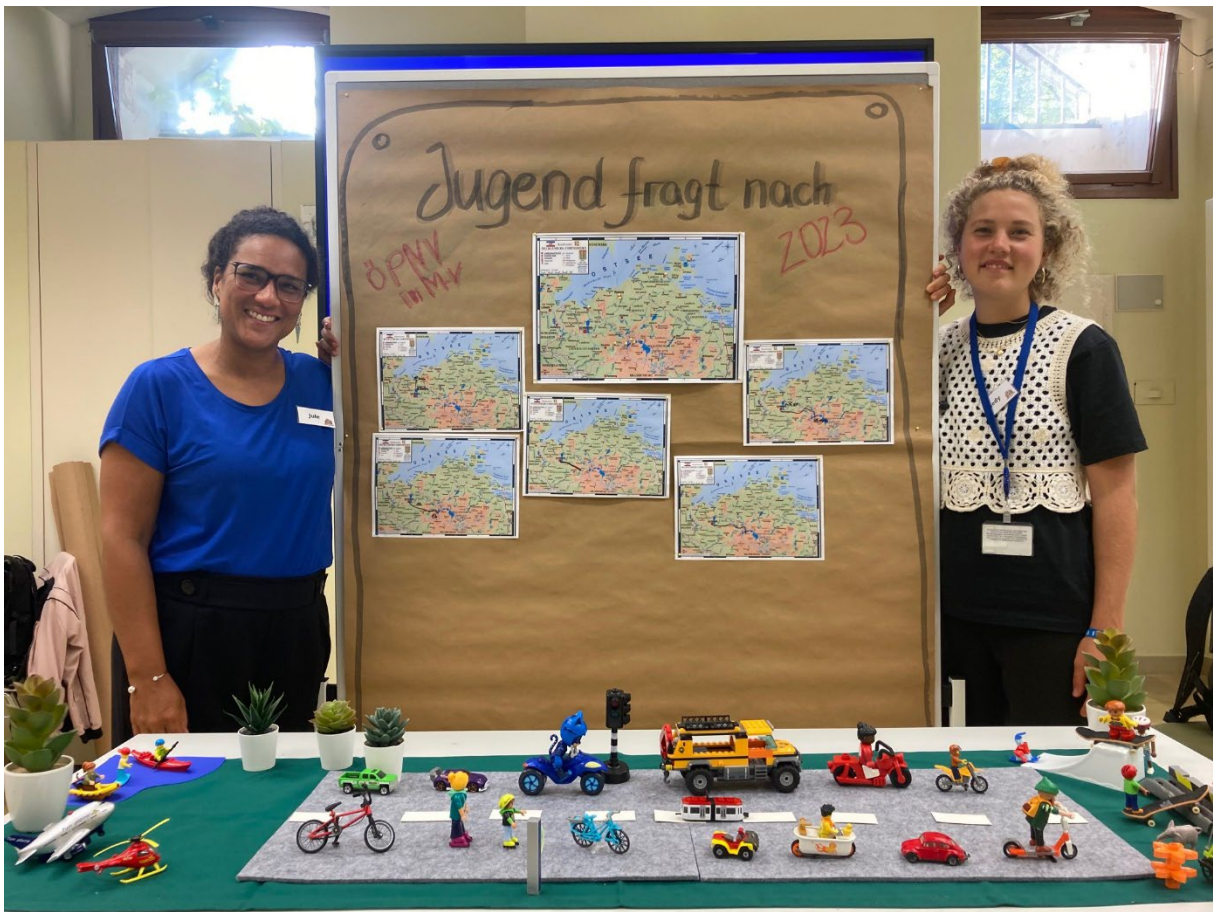
Ich wünsche mir, dass Sie diese Anliegen in die zuständigen Ausschüsse weitertragen. Es ist mir besonders wichtig, dass in Zukunft alle Menschen (Rollstuhlfahrer*innen, Rentner*innen, Jugendliche, Menschen mit Kinderwägen etc.) den Gehweg sicher benutzen können.

Ich stehe für Rückfragen oder eine Einladung, um mein Anliegen vorzutragen gerne zur Verfügung.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung!

Mit freundlichen Grüßen aus Malchow,

Beschwerdebrieff haben die Jugendlichen im Workshop verfasst. Er wurde an die Stadträtin in Malchow, Ina Herling, verschickt.



Medienteam

Das Medienteam hat die Veranstaltung mit Video- und Fotokamera begleitet. Die Videos sind unter www.ljrmv.de/jfn-2023 abrufbar.

Workshopleitung: Tobias Neumann, Mirko Schütze, Teilnehmende: 6



Theatergruppe

Die Theaterpädagogin Sarah Gerke hat mit einer Gruppe Teilnehmender einen performativen Rahmen für den Abgeordneten Dialog am Abschlussabend im Konzertfoyer des Schweriner Schlosses erarbeitet. Ergebnisse der Arbeit sind in den Videos des Medienteams zu sehen.

Workshopleitung: Sarah Gerke, Teilnehmende: 8



Impulsworkshops

Am letzten Veranstaltungstag konnten die Jugendlichen an zwei Impulsworkshops teilnehmen. Kosta Oehler von der BUNDjugend stellte in seinem Workshop "WHAT DO WE WANT? - Klimagerechtigkeit und umweltpolitische Forderungen junger Menschen" gemeinsam mit den Jugendlichen umweltpolitische Forderungen auf. Sayed Hashimi gab einen Workshop zum Thema „Migration und Vielfalt“.

Ein Kooperationsprojekt von



www.ljrmv.de/jfn-2023